Bezugsgebühr:
Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pfg.; durch die Post 3 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten“ erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zutragung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Theilausgaben Abends und Morgens zugestellt.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Tiroler und oberbayr. Nationaltrachten
für Costümfeste
empfiehlt Jos. Fiechtl aus Tirol, Schlossstr. 23

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif.
Die Annahme von Ankündigungen erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle und den Nebenannahmestellen in Dresden bis Nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt“ oder auf Textseite 50 Pfg.
In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30, 40 bez. 60 und 80 Pfg. nach erhöhterem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fritz Gilbers, Cigarrenhandlung,
39 Königsbrücker Strasse 39.
Filiale der „Dresdner Nachrichten“
empfiehlt sich zur Annahme von Inseraten und Abonnements für obige Zeitung.

Schläuche Klappen Platten Ringe Schnüre Walzen Puffer Riemen aus Gummi Guttapercha Asbest fertigt in garantirt haltbaren Qualitäten E. Böhme Dresden Ferdinandstr. 13.

H. Grossmann
Nähmaschinen.
Verkauf in Dresden: Chemnitzerstrasse 26, Waisenhausstrasse 5, Kesselsdorferstrasse 41 (Eing. Striesenerstr.), in Löbtau: Schulstrasse 13 und bei Herrn Max Baumann, Dresden-N., an der Dreikönigskirche 8.

Vernickeln und Schärfen von Schlittschuhen
Dresdner Vernickelungs-Anstalt Otto Büttner Falkenstrasse No. 1—3. Hofgebäude.

Nr. 31. Spiegel: Friedensaussichten. Hofnachrichten. Landes-Irrenanstalt. Wohnungsverhältnisse. Gerichtsverhandlungen. Beethoven-Abend. Lenkbares Luftschiff. | Muthmaßl. Witterung: **Kälter, heiter u. windig.** | **Sonnabend, 1. Februar 1902.**

Die holländische Friedensvermittelung.

Es ist zwar noch nichts Greifbares, was die bisherigen Andeutungen über eine von der niederländischen Regierung unternommene Vermittelungsaktion zum Zwecke der Beendigung des südafrikanischen Gemetzels und Blutvergießens erkennen lassen. Immerhin geht aber doch so viel aus den in die Oeffentlichkeit lancirten Mittheilungen hervor, daß irgend etwas Ernstliches im Werke ist, und schon dieser eine Umstand genügt, um alle Freunde der Menschlichkeit in freudige Erregung zu versetzen, die Röthe der Hoffnung ihre Wangen färben zu lassen und in den Herzen der Burenverehrer die Flamme einer edlen Begeisterung zu entzünden, einer Begeisterung, die ihren Ansporn in dem Gedanken findet, daß nun endlich nach so langer erbarmungsvoller Trübsal ein Lichtstrahl die finstere Nacht des Elends durchbricht und die Aussicht auf Erlösung von schier unabsehbaren Leiden den tapferen Streitern winkt.

Vorläufig ist allerdings noch große Zurückhaltung gegenüber den Meldungen im Einzelnen geboten, weil sie sammt und sonders keine Angaben über den näheren Inhalt der von der niederländischen Regierung an die englische gerichteten Vorschläge enthalten. Bemerkenswerth ist die, man möchte sagen, ängstliche und scheue Reserve, die von Seiten der Kabinette der Großmächte von vornherein in der Angelegenheit beobachtet wird. Zunächst könnte diese Haltung wieder den Eindruck erwecken, als stecke die vielberufene „Englandfurcht“ dahinter. Wenn man indessen tiefer auf den Grund der Dinge sieht, so dürfte sich dieses Mal doch wohl ein triftiger Grund für die Stellungnahme der Mächte anführen lassen, nämlich der, daß sie mit Recht besorgen müssen, die ganze Aktion werde augenblicklich in Frage gestellt werden, sobald eine von ihnen sich einmische und irgendeine Kundgebung veranstalte, die in London falsch aufgefaßt werden könnte. Es ist also schon richtig und liegt im Interesse der Sache, daß die Mächte vorläufig ganz bei Seite stehen und der holländischen Regierung allein die von ihr selbst ergriffene Initiative überlassen.

Es ist bis jetzt noch nicht einmal eine Aufklärung darüber erfolgt, welches der eigentliche Kern der holländischen Vorschläge ist, ob diese bestimmt formulirte positive Friedensanerbietungen von Seiten der Buren enthalten oder ob es sich lediglich um die Erklärung der Bereitwilligkeit zu einer freundschaftlichen Vermittelung im Allgemeinen handelt. Wenn das Letztere der Fall ist, so dürfte sich der Entschluß der holländischen Regierung wohl auf die Vorschriften der Haager Friedenskonferenz über diese Art des diplomatischen Eingreifens stützen. Das Protokoll der Konferenz besagt darüber: „Die Signatarmächte halten es für nützlich, daß eine Macht oder mehrere Mächte, die am Streite nicht betheiligt sind, aus eigenem Antriebe den im Streite befindlichen Staaten ihre guten Dienste oder ihre Vermittelung anbieten, soweit sich die Umstände hierfür eignen. Die Annahme der Vermittelung kann, unbeschadet anderweitiger Vereinbarung, nicht die Wirkung haben, die Mobilmachung und andere den Krieg vorbereitende Maßnahmen zu unterbrechen, zu verzögern oder zu hemmen. Erfolgt sie nach Eröffnung der Feindseligkeiten, so werden von ihr die im Gange befindlichen militärischen Unternehmungen nicht unterbrochen.“ Ob die holländische Regierung in dem vorliegenden Falle wirklich ganz „aus eigenem Antriebe“ gehandelt hat oder ob man nicht insgeheim von Seiten der Buren, möglicher Weise sogar, wie ebenfalls behauptet wird, selbst von englischer Seite sie zu ihrem Vorgehen ermuthigt hat, das, wie gesagt, steht heute noch nicht fest und der hierüber gebreitete Schleier des Geheimnisses wird erst in einem späteren Stadium gelüftet werden. Thatsache ist, daß Herr Kuyper, der holländische Ministerpräsident, vor kurzer Zeit in London weilte. Weshalb, ist nicht bekannt geworden, und so liegt denn wohl die Annahme nahe, daß Herr Kuyper bei jener Gelegenheit das Terrain sondirt und sich über die Stimmung und Absichten der Londoner Regierung bezüglich des südafrikanischen Krieges und des von ihm geplanten Vorgehens unterrichtet habe.

Einstweilen bleibt nichts übrig, als aus dem Tohuwabohu der sich zum Theil kreuzenden und widersprechenden Nachrichten das Wichtigste und Interessanteste auszusondern und zu registriren. Die englische Börsenwelt soll bei dem Bekanntwerden der Erklärungen Balfour's zur Sache vor Freuden ganz aus dem Häuschen gerathen sein und an den Börsen von London und Montreal in Canada beschäftigte man sich, wie ein Londoner Blatt versichert, fast nur mit den Südafrikanern. Eine besonders geistreiche Ansicht ist, daß das holländische Vorgehen nichts weiter als eine von Chamberlain bestellte Arbeit sei, um England die Demüthigung der Intervention einer „mitteleuropäischen Großmacht“ (soll heißen Deutschland) zu ersparen. Eine andere Version will wissen, daß die treibende Kraft die Königin Wilhelmine sei. Zum Kapitel der etwaigen Friedensbedingungen dürfte daran zu erinnern sein, daß Lord Rosebery vor einigen Wochen folgende Vorschläge gemacht hat: 1. Selbstverwaltung für die Burenrepubliken nach dem Muster von Canada; 2. möglichste Verkürzung der Dauer der militärischen Besetzung des Landes; 3. vollständige Amnestie für die Buren sowohl wie für die aufständischen Kapholländer, 4. Gewährung von Mitteln an die Buren und die Aufständischen zur Wiederherstellung ihrer Farmen. Man spricht davon, daß die Buren über diese Punkte in Berathungen eingetreten seien. Die englische Antwort auf die holländische Friedensnote soll als erste Bedingung der Friedensverhandlungen die Niederlegung der Waffen durch die Buren fordern. Andererseits legt die Brüsseler Vertretung der Buren Werth darauf, festzustellen, daß sie auch dieses Mal nicht den Anlaß zu den Friedensschalmeien gegeben hat. Sie anerkenne das hochherzige Bestreben der holländischen Regierung, den Kriegsgreueln ein Ende zu machen, weise aber entschieden die Annahme zurück, daß die Buren unter Verzichtleistung auf ihre Unabhängigkeit um Frieden bäten. In London freilich legt man auf Brüsseler Aeußerungen gar kein Gewicht. In maßgebenden Berliner Kreisen gilt es vielmehr als sicher, daß England auf keinen Fall weder mit dem Präsidenten Krüger noch mit dem Gesandten Dr. Leyds verhandeln und sich ferner auf keinen wie immer gearteten Friedensvorschlag einlassen werde, der von einer Großmacht ausgeht. England werde nur mit den Burenführern in Südafrika verhandeln und man erwarte eine unmittelbare Freigabe des südafrikanischen Kabels zu diesem Zwecke. Im Uebrigen ist die ganze Angelegenheit mit allen Ein- und Ausblicken heute noch in dichtes Geheimniß gehüllt, für dessen geflissentliche Wahrung insbesondere durch die englische Regierung ein Vorfall im Parlament bezeichnend ist. Die Regierung sollte nämlich in der letzten Sitzung ohne vorherige Ankündigung über den Fortgang der Verhandlungen mit der niederländischen Regierung befragt werden. Um dieser Eventualität auszuweichen, verließen sämmtliche Mitglieder der Regierung unmittelbar vorher wie auf Verabredung den Sitzungssaal. Da heißt es also einfach abwarten.

Der ungeklärteste und schwierigste Punkt bei den Friedensverhandlungen ist und bleibt jedenfalls die Frage nach der künftigen staatsrechtlichen Stellung der Burenrepubliken. Zwei Standpunkte stehen sich hier schroff gegenüber: die Forderung der bedingungslosen Unabhängigkeit durch die im Felde stehenden Burenführer und die entschiedene Ablehnung dieses Verlangens durch die Engländer. Es ist schwer zu sagen, wie aus diesem Dilemma ein beide Theile befriedigender Ausweg gefunden werden soll. Indessen die Weltgeschichte hat ja am Ende schon Probleme gelöst, die noch um ein gutes Theil verwickelter waren, und so liegt denn auch kein Grund vor, daß man an einem glücklichen Erfolge des von der holländischen Regierung unternommenen dankenswerthen Schrittes blos deshalb verzweifelt, weil die Unabhängigkeitsfrage noch in der Schwebe ist. Die Freunde der Buren in aller Welt werden glücklich sein, wenn die holländische Vermittelung zu dem Ende führt, daß England seine Forderungen so weit als möglich hinunterschraubt und den tapferen Streitern um Haus und Herd wenigstens die volle bürgerliche Freiheit und eigene Verwaltung gewährleistet, wenn es denn einmal im Rathe des Schicksals beschlossen ist, daß das ruhmreiche Transvaalbanner, die herrliche „Vierkleur“, nicht mehr als Zeichen der staatlichen Unabhängigkeit der Buren nach außen hin über den Helden flattern darf. Das Herz krampft sich zwar dem empfindenden Menschen zusammen, wenn er sich vorstellt, daß die beiden südafrikanischen Republiken trotz der Wunder von Aufopferung und Tapferkeit, die ihre waffengewaltigen Bürger verrichtet haben, als staatliche Sondergebilde vom Erdboden verschwinden sollen. Wenn aber die furchtbaren Greuel endlich aufhören und dem langsamen mörderischen Vernichtungsprozesse der Buren im Felde und in den Konzentrationslagern ein Ziel gesetzt wird, so kann doch wenigstens der Genius der civilisirten Menschheit allmählich wieder sein Haupt erheben, das er vor den blutigen Schrecken des südafrikanischen Krieges beschämt und gramvoll verhüllen mußte.

Neueste Drahtmeldungen vom 31. Januar.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Die Berathung des Etats des Reichsamts des Innern, Titel Staatssekretär, wird fortgesetzt. — Abg. Pachnicke (Freis. Ver.) empfiehlt die von ihm und den Abgeordneten Hitze, Bassermann und Rösicke-Dessau eingebrachte Resolution auf Einsetzung einer Enquetekommission mit der Aufgabe, die bisher seitens der Berufsvereine, einzelner Unternehmer und Gemeinden gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit getroffenen Versicherungseinrichtungen zu prüfen und Vorschläge für eine zweckmäßige Ausgestaltung dieses Zweiges der Versicherung zu machen. Die Schwierigkeiten einer Arbeitslosenversicherung seien nicht zu verkennen, aber diese Schwierigkeiten seien doch überall, gleichviel ob Staaten, Kommunen, Unternehmer, Gewerkschaften diese Versicherung in die Hand nehmen, sie seien da, wo Versuche von Gewerkschaften gemacht worden seien, leidlich überwunden worden. — Abg. Bassermann (nat.-lib.) empfiehlt die von ihm gemeinsam mit den Abgeordneten Hitze, Paasche, Pachnicke und Rösicke-Dessau eingebrachte Resolution, den Reichskanzler zu ersuchen, im nächsten Etat eine finanzielle Unterstützung für das internationale Arbeitsamt in Basel vorzusehen. Da in Basel bereits ein solches Arbeitsamt bestehe, so habe es keinen Zweck, erst noch mit den Auslandsstaaten über die Gründung eines solchen Amtes Verhandlungen anzuknüpfen, wie dies die von den Sozialdemokraten beantragte Resolution wolle. Dankenswertherweise habe nun zwar der Staatssekretär gestern schon erklärt, daß und weshalb er das Arbeitsamt in Basel aus dem disponiblen Fonds zu unterstützen bereit sei und daß er solche Unterstützungen auch schon bewilligt habe. Trotzdem sei die Resolution nicht überflüssig, denn es empfehle sich, die betreffende Unterstützung etatmäßig festzulegen. — Abg. Dr. Hitze (Cent.) befürwortet die beiden von den Vorrednern empfohlenen Resolutionen, ferner die Resolution über Untersuchung der Arbeiterverhältnisse in Reichsbetrieben und Militärwerkstätten und die Resolution Gröber-Bromberg, worin eine detaillirten Innungsstatistik. Auch giebt er seiner Befriedigung Ausdruck über die Erklärung des Grafen Posadowsky, daß er den Wunsch des Abg. Weyzenhagen wegen Herabsetzung des Maximalarbeitstags für die Frauen in den Fabriken von 11 auf 10 Stunden noch einmal in Erwägung ziehen wolle. — Abg. Rösicke-Dessau tritt ebenfalls für die Resolution betreffend Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und betreffend das internationale Arbeitsamt ein. Weiter fordert er volles Koalitionsrecht für die Frauen. Ohne ein solches Koalitionsrecht würden die Frauen niemals wirkliche Erfolge für ihre auf Besserung ihrer Arbeitsverhältnisse gerichteten Bestrebungen haben. — Abg. Rosenow (Soz.): Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit gehöre zu den allernothwendigsten Aufgaben der Gesetzgebung. Ebenso wichtig sei die Regelung des Arbeitsnachweises und zu diesem Behufe die Errichtung eines Arbeitsamts. Redner behauptet, daß durch die angeblich unerfüllbaren sozialdemokratischen Forderungen die bürgerlichen Parteien erst gezwungen worden seien, das Wenige an Arbeiterschutz zu gewähren, was sie gegeben hätten. Redner plaidirt ferner für Einschränkung der Nachtarbeit. — Abg. Sittart (Cent.) stellt dem Vorredner gegenüber fest, daß Alles, was an Reformen zu Stande gekommen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen worden ist. Redner geht dann auf Einzelheiten in den Berichten der Gewerbeinspektoren ein, namentlich soweit sie die Textilindustrie betreffen. Er giebt dabei seiner Genugthuung Ausdruck, daß die nächtlichen Ueberstundenbewilligungen abgenommen hätten und daß in einem Falle des Mißbrauchs einer bewilligten Ausnahme der Regierungspräsident (in Frankfurt a. O.) dem Betreffenden ein für allemal die Anwartschaft auf Ueberstundenarbeit entzogen habe. Weiter verlangt Redner uneingeschränktes Koalitionsrecht für die Arbeiter und ernste Erwägung der Frage, wie für den großen Kreis privater Beamten eine Alters- und Invalidenfürsorge geschaffen werden könne. — Abg. Stolle (Soz.) kritisirt das Wirken der sächsischen Fabrikinspektoren abfällig und verbreitet sich über die angeblichen Verdienste der Sozialdemokratie um die sozialen Reformen. — Sächsischer Bevollmächtigter Dr. Fischer vertheidigt die sächsischen Gewerbeinspektoren gegen die Angriffe des Vorredners. Das Verhältniß zwischen den Aufsichtsbeamten und den Arbeitern würde ein besseres sein, wenn die sozialdemokratische Presse nicht so sehr gegen jene Beamten hetzte. Das nehme Letzteren auch die Berufsfreudigkeit. Redner theilt sodann u. A. mit, daß die sächsische Regierung, schon ehe sie auf ihre Anfrage vom Reichskanzler Antwort erhalten habe, entschlossen gewesen sei, auf die bereits von ihr in Erwägung gezogene Wiederzulassung von Schweinen über die österreichische Grenze zu verzichten, weil in Oesterreich die Maul- und Klauenseuche wieder an Ausbreitung gewonnen habe. — Abg. Horn (Soz.) erörtert nochmals den großen Glasarbeiterstreik. Ausschreitungen seien nicht von den ausständigen Arbeitern begangen worden, vielmehr seien diese von arbeitswilligen Arbeitern verhöhnt worden. Dem Staatssekretär könne er nochmals versichern, daß die Sonntagsruhevorschriften in den Glashütten nicht inne gehalten würden, weil die Behörden zu oft Ausnahmen gestatteten. Es bedürfe daher eines generellen Verbotes der Sonntagsarbeit in Glashütten. Die Hamburger Maurer-Gewerkschaft habe zweifellos ein Recht gehabt, es nicht zu dulden, daß ein Theil ihrer Mitglieder im Gegensatz zum Willen der Gewerkschaft Akkordarbeit übernehme. Akkordarbeit sei nun einmal Mordarbeit. — Sächsischer Bevollmächtigter Dr. Fischer: Der Vorredner behauptet, nicht die ausständischen Glasarbeiter hätten Ausschreitungen begangen, sondern die Arbeitswilligen hätten die Ausständigen verhöhnt. Ich habe in der Presse anders lautende Mittheilungen gelesen. — Abg. Sachse (Soz.) verbreitet sich über die Häufigkeit von Unfällen im Bergbaubetriebe als Folge mangelhafter Kontrole der Innehaltung der Schutzvorschriften. Die jungen Beamten, die sich der Vernachlässigung ihrer Pflichten schuldig machten, müßten schärfer kontrolirt und schärfer bestraft werden. Die Strafe falle viel zu milde aus, zumal wenn man damit die Strafen vergleiche, die über Arbeiter verhängt würden, die sich auch nur die geringsten Nachlässigkeiten und Versehen zu Schulden kommen ließen. Unglaublich seien die Vorwände, unter denen man die Abhaltung von Bergarbeiterversammlungen verbiete bezw. verhindere, namentlich bei Streiks oder bei Vorbereitungen von Streiks in Sachsen. In Preußen sei es freilich nicht anders und nicht besser, so z. B. in seinem Wahlkreis in Schlesien: einmal heiße es, der Versammlungssaal sei zu klein oder zu baufällig, ein andermal sei der Zugang zu enge, die Treppe zu schmal. Nach alledem werde bei „patriotischen“ Versammlungen nicht gefragt. Auf die Wirthe werde überall, besonders aber in Sachsen, Druck ausgeübt usw. Unzutreffend sei es, daß die Sozialdemokraten mit Vorbedacht gegen die Gewerbeinspektoren hetzten. Wollte er selbst einen ähnlich gearteten Vorwurf gegen den Geheimrath Dr. Fischer hier aussprechen, so würde wahrscheinlich der Präsident mit einem Ordnungsrufe einschreiten. Das Mißtrauen der Bergarbeiter gegen die Inspektoren werde thatsächlich durch die Letzteren selbst verschuldet; habe doch auf einer Grube bei Zwickau, als sich ein Bergarbeiter beim Obersteiger über etwas beschwerte, der Inspektor dem Obersteiger gesagt: Schmeißen Sie doch den Mann heraus! Dürfe so ein Berginspektor reden, der doch um das Interesse der Arbeiter besorgt sein solle. — Preußischer Geh. Bergrath Meißner nimmt die preußischen Bergbehörden gegen den Vorwurf in Schutz, gegenüber mangelhafter Beobachtung von Schutzvorschriften seitens der Grubenverwaltungen zu nachsichtig zu sein. — Sächs. Geh. Rath Dr. Fischer antwortet dem Abg. Sachse: Was bezwecken Sie eigentlich mit solchen Beschwerden. Sie wissen doch, daß die Thätigkeit der Bergbaubehörden nicht das Reich angeht, sondern Landessache ist. Der Herr Abgeordnete hat gemeint, den hetzerischen Agitationen der Unternehmer gegen die Arbeiter ständen die Regierungen gleichgiltig gegenüber. Der Herr Abgeordnete kann sich darauf verlassen, wenn Beschwerden gegen Arbeitgeber eingehen, werden die verbündeten Regierungen ebenfalls dieselben sorgsam prüfen, und sie werden sich dabei nicht beeinflussen lassen durch Einsprüche der Arbeitgeber. Wenn Herr Sachse von dem bei uns auf die Wirthe ausgeübten Druck sprach, so erinnere ich ihn daran, daß bei der letzten Wahl in Döbeln in einem sozialdemokratisch angehauchten Orte eine konservative Versammlung kein Lokal bekommen konnte. — Abg. Thiele (Soz.) schildert die mit dem Bergbau verknüpften Gefahren und zwar auch für die Gesundheit. Weiter bemängelt er die gast- und schankwirthschaftlichen Verordnungen, die ganz ungenügend seien, namentlich weil sie einen überaus großen Kreis